Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8.
Fernsprecher 153 und 222.
Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3, L. Lösche, Katharinenstr. 14, u. Königspl. 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Marienstraße 34.
Fernsprecher Amt I Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10.
Fernsprecher Amt VI Nr. 4603.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (3gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Nr. 19. **Dienstag** den 12. Januar 1904. **98. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

* Geheimrat Dr. Roscher in Dresden hat dem königlich sächsischen Ministerium über seine Eingeborenenversuche in Kamerun einen Bericht erstattet, der beiden Kammern übermittelt worden ist.

* Das Reichstagspräsidialgebäude ist von der Bauleitung amtlich dem Reichstage übergeben worden. Auch der Präsident Graf Ballestrem ist eingezogen.

* Aus Dönabrück wird der „Voss. Ztg." gemeldet, daß eine japanische Kommission von sechs Offizieren auf dem Kruppschen Schießplatz Meppen anwesend ist. Es soll sich um schleunige Geschützbestellungen, besonders um Haubitzen, handeln.

* Dem „Reuterschen Bureau" wird nochmals von autoritativer Seite versichert, daß Deutschland im Falle des Ausbruches von Feindseligkeiten zwischen Rußland und Japan eine streng neutrale Haltung einnehmen und daß dieselbe Haltung auch von den übrigen Mitgliedern des Dreibundes werde bewahrt werden.

* Die Vereinigten Staaten protestieren neuerdings in einer Note gegen das Vorgehen Columbiens in der Panamasache.

Sand in die Augen.

Seit Wochen steht die „Kreuzzeitung" im lebhaftem Kampfe gegen den Evangelischen Bund. Die „Konservative Korrespondenz" ist ihr jüngst zur Seite getreten; sie hat erklärt: „Der 'Kreuzzeitung', die mit Freimut den von dem Evangelischen Bunde oder vielmehr von dessen liberalisierenden Leitern und Wortführern den Konservativen aufgezwungenen Kampf aufgenommen hat, gebührt Dank. Die gehässigen Angriffe, mit denen das genannte konservative, gut evangelische Organ, sekundiert von der kirchlich-liberalen Presse und von protestantenvereinlichen Geistlichen, unablässig verfolgt wird, sind charakteristisch für die Tendenzen, die heute im Evangelischen Bunde herrschen." Es ist immer rührend, wenn zwei Freunde groß von einander denken und jeder die vortrefflichen Eigenschaften des andern rühmt. Es erweckt stets Beifall, wenn einer dem andern hülfreich in der Bedrängnis beispringt. Und so könnte man sich auch über den ehelustigen Liebesdienst freuen, den die „Konservative Korrespondenz" der „Kreuzztg." erweisen möchte, wenn nur die Lage, durch die jene an die Seite dieser gerufen sein will, wirklich so wäre, wie sie geschildert wird. Aber die „Kreuzztg.", unablässig und gehässig verfolgt vom Bunde, von der kirchlich-liberalen Presse, von protestantenvereinlichen Geistlichen — wahrlich, das ist ein phantastisches Bild, zu dem der Künstler die Farben nicht aus den Tatsachen, sondern aus parteitaktischen Rücksichten genommen hat. Die konservativen Reihen sind ins Wanken gekommen; sie wurden mißtrauisch gegen die Leitung durch einzelne Führer, die durch ihre Begünstigung von Zentrumszwecken dem Protestantismus schaden; sie erkennen klar, daß ein weiteres Weigeben auf diesem Wege die evangelische Kirche und die deutsche Kultur ernstlich gefährden muß; sie erwägen den Gedanken, entweder die Führer abzuschütteln, die in vollem Widerspruche zu dem erwachten protestantischen Selbstbewußtsein und zu dem, was dem Reiche not tut, sich verhalten oder ihrem unheilvollen Einflusse durch eine konservative Sezession sich zu entziehen. Dies sucht natürlich die kleine Gruppe der Kreuzzeitungsmänner zu hindern; sie kämpft für ihre Selbsterhaltung; sie stellt sich eine Fahne her, um die sie die Wankenden noch einmal zu sammeln sich getraut; sie nimmt das Tuch zu ihr aus der Behauptung, der Evangelische Bund wolle mit seiner Wahrung deutsch-protestantischer Interessen nichts als die innere Einheit der konservativen Partei stören und das Geschäft der Nationalliberalen fördern.

Diese Behauptung ist Sand in die Augen.

Von der „Kreuzzeitung" darf man erwarten, daß sie ihre Sonderabsicht unter eine allgemeine Flagge birgt, für die sie bei dem gutmütigen Deutschen nicht vergebens zu werben hofft. Und so spinnt sie für diesen Zweck den Gedanken weiter, den schon der Kölner Erzbischof entdeckte, daß es um unseres Reiches Macht und Wohl besser stände, wenn es innerlich eins wäre, und daß allein der Evangelische Bund dies herrliche Ziel hintertreibe, „weil er sich angelegen sein lasse, den konfessionellen Zwiespalt zu schüren." Mit diesem Ausspruche haben „Konservative Korrespondenz" und „Kreuzzeitung" schlankweg den Vorwurf sich angeeignet, mit dem der Ultramontanismus ständig den Evangelischen Bund zu dem Zwecke verdächtigt, mit geschickter Taktik, die er an der Fabel vom Wolf und vom Lamm lernte, die Aufmerksamkeit von seiner eigenen Hetzarbeit abzulenken.

Die „Kreuzztg." ließ sich von einem bayerischen Pfarrer „Silvestergedanken zum konfessionellen Frieden" schreiben. Ich finde in diesem Aufsatze keinen Punkt, dem ich meine Zustimmung versagen müßte. Auch ich frage mit ihm im Interesse unseres deutschen Volkes: „Ist es denn so ganz unmöglich, ein Gebiet der Gemeinsamkeit zu schaffen und auszubauen, in welchem wir uns fühlen als Bürger eines Vaterlandes, als Kinder eines Gottes und Heilandes?" Aber wer macht dies denn unmöglich? Niemand anders als der Ultramontanismus. Er lehnt jede Anerkennung des Gotteswerkes in der Reformation ab; er brandmarkt das gewaltige religiöse Leben und die großen religiösen Kreise im Protestantismus als „Abfall vom Glauben"; er beschimpft, verleumdet, verzerrt alles, was uns Evangelischen teuer und wert ist — es sei nur an die neuesten Schandwerke über Luther erinnert —; er hält zähe an dem Irrtum fest, die katholische Kirche sei die einzige gottgewollte, die wahre Gestalt des Christentums, während sie doch nur eine unter den vielen Formen und lange nicht die reifste ist, die das Evangelium sich gegeben hat. Von diesem Irrtume aus hat er, wo er die Macht dazu hatte, die evangelische Kirche unterdrückt; von diesem Irrtume aus ringt er jetzt um politischen Einfluß auf das Reich, um dadurch mindestens die freie Entfaltung des protestantischen Geistes lahm zu legen und das deutsche Volkstum aus seiner Vorderstellung in evangelischer Kultur zu verdrängen. Dies Ziel kann doch der „Kreuzztg." nicht unbekannt sein; weiß sie aber, was der Ultramontanismus bezweckt, so gibt es keinen „Standpunkt der allgemeinen Gesetzespolitik", der es rechtfertigen könnte, jenem irgendwelche Handlangerdienste zu leisten. Und solchen scheint sich die Gruppe der Kreuzzeitungsmänner nicht zu enthalten.

Niemand legt der Uebung katholischer Frömmigkeit Hindernisse in den Weg; wenn die römische Kirche sich auf die Pflege dieser beschränkte, wenn es ihr nur darauf ankäme, ein in ihrer Weise frommes Volk zu erziehen, so hätten wir schon längst den begehrten Frieden. Aber sie hat den Kampf gegen den Protestantismus begonnen; zur Führung dieses will sie den freien Gebrauch aller Waffen haben, die ihr zur Verfügung stehen; vor allem sollen alle ihre Orden, obenan die Jesuiten, offenen Zugang zu unserem Reiche besitzen. Die Ultramontanen hierbei in der Hoffnung zu unterstützen, sie so zu deutscher Vaterlandsliebe zu gewinnen, ist ebenso unbesonnen, als wenn wir den Franzosen beistehen wollten, ihre Rüstung zu bessern und zu vervollständigen; täten wir dies, so reizten wir sie sicherlich zum Kriege.

Das deutsche evangelische Volk ist sich darüber klar, daß zum Heile unseres Reiches endlich mit der romfreundlichen Politik gebrochen werden muß; konservative wie liberale Männer, beide in großer Zahl, verlangen, daß man mit dem steten Verbeugungen vor dem Papismus und seinen Vertretern und mit den Konzessionen an das Zentrum aufhöre. Wenn die Gruppe der „Kreuzzeitung" diese mächtig anwachsende Strömung der deutschen Protestanten nicht beachtet, so wird sie von dieser verdientermaßen hinweggeschwemmt werden. Der Ultramontanismus ist eine ernste Gefahr, sobald in sein Gefolge die konservative Partei eintritt. Aber die Mehrzahl konservativer Männer ist dazu nicht willig. Um diese nun auf der Bahn der bisherigen Parteileitung festzuhalten, wird von der „Kreuzzeitung" der Evangelische Bund als Popanz aufgerichtet und ihm vorgeworfen, er wolle den liberalen Parteien zur Herrschaft verhelfen. Es ist denkbar, daß der Stratege zu diesem Manöver im Palais des Reichskanzlers sitzt. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" hat gern von den Angriffen gegen den Evangelischen Bund Kenntnis genommen. Dieser darf auf besondere Liebe des Grafen Bülow nicht rechnen, der in dem Bunde den Störenfried seiner inneren Politik sieht, weil durch den Bund das protestantische Gewissen und der evangelische Geist lebendig werden und fordern, daß das deutsche Volk im Sinne seiner großen Vergangenheit regiert werde; eine bequeme Staatskunst aber möchte sich zur Erreichung ihrer augenblicklichen Zwecke auf Zentrum und Konservative stützen. Dazu muß alles hintangehalten werden, was die Einigkeit zwischen beiden schädigen könnte. Darum muß vor allem der Evangelische Bund, der die Protestanten aller Parteien um seine religiöse Fahne, um das große reformatorische Erbe sammelt und unablässig mahnt, dies Erbe als das kostbarste und zukunftsreichste Gut unseres Volkes nicht zu verschleudern, als der unleidige Hetzer charakterisiert und der Versuch gemacht werden, den Anschluß größerer Massen des Volkes an ihn zu hemmen oder wenigstens die Konservativen von ihm abzusprengen.

Aber dieser Versuch wird mißlingen. Er ist ungeschickt in Szene gesetzt. Der Vorwurf, der Bund treibe Parteipolitik, ist Sand in die Augen. Er fällt schon deswegen in sich zusammen, weil von unserer Seite es immer abgewehrt wurde, etwas an die Bildung eines „evangelischen Zentrums" zu gehen. Freilich, das Recht lassen wir uns nicht nehmen, das öffentliche Leben an der Höhe des evangelischen Geistes zu messen. Von dieser aus beurteilt der Bund die Maßnahmen der Regierung und die Haltung aller Parteien, der konservativen wie der liberalen. Es ist seine Aufgabe, „deutsch-protestantische Interessen zu wahren". Dieser Aufgabe wird er auch ferner sich widmen, mag darüber die „Kreuzzeitung" zetern. In seiner Arbeit rechnet er hart auf die Mithülfe der Konservativen, besonders in Sachsen. Von diesen sind wir überzeugt, daß sie sich nicht an den Wagen der „Kreuzzeitung" spannen lassen; sie wissen zu genau, daß das sächsische Volk stramm protestantisch ist, daß es mit tiefem Mißtrauen und Unbehagen der den römischen Ansprüchen holden Berliner Politik zusieht und daß es von jeder Partei sich lossagen würde, die römische Tendenzen fördert.

Der Bund ist der „Kreuzzeitung" dankbar, daß sie die Fehde gegen ihn begonnen hat. Das klärt die Lage. Aus den Ausführungen der „Kreuzzeitung" geht hervor, daß die Männer, die hinter ihr stehen, sich den Bestrebungen des Ultramontanismus nicht entgegenstemmen werden; sie werden „von dem Standpunkte der allgemeinen Gesetzespolitik" aus nichts tun gegen die Aufhebung von § 2 des Jesuitengesetzes, die doch nur der Anfang seiner gänzlichen Beseitigung ist, nichts tun gegen die ungeheure Vermehrung römischer Orden, nichts tun gegen die Besitzergreifung der Schule durch den Klerus, nichts tun, was die Sättigung des Zentrums erschweren könnte. Das ist nun dem Volke zu deutlichem Bewußtsein gebracht worden. Wir hegen die Hoffnung, daß konservative und liberale Männer jetzt um so energischer die Arbeit des Evangelischen Bundes zur Wahrung deutsch-protestantischer Interessen unterstützen werden.

D. Meuer.

Deutsches Reich.

* **Berlin**, 11. Januar.

* **Arbeiterschaft und Dreiklassenwahlsystem.** Nach dem Ausfalle der Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhause wird mit Vorliebe zur Bekämpfung des preußischen Dreiklassenwahlsystems die Behauptung aufgestellt, daß dasselbe eine Vertretung der Interessen der Arbeiterschaft, insbesondere der industriellen Arbeiterschaft, gänzlich ausschließe. In Wirklichkeit aber haben gerade umgekehrt die Vorgänge bei den letzten Wahlen zum Abgeordnetenhause den Beweis geliefert, daß auch unter der Herrschaft des Dreiklassenwahlsystems eine starke Vertretung der Interessen der Arbeiterschaft im Abgeordnetenhause zu erreichen ist. Allerdings ist es der Sozialdemokratie trotz ihrer allgemeinen Beteiligung an den Landtagswahlen nicht gelungen, auch nur ein einziges Mandat zu erlangen. Ganz abgesehen von der Frage, ob die Sozialdemokratie an sich als Wahlvertreterin der Interessen der Arbeiterschaft angesehen werden kann, was billig zu bezweifeln sein wird, liegt die Ursache dieses Mißerfolges aber doch keineswegs in dem Wahlsystem. Hätten die freisinnigen Parteien das Anerbieten der Sozialdemokratie, ihnen in denjenigen Wahlkreisen, in denen sie die Entscheidung zwischen ihnen und den rechtsstehenden Parteien in der Hand hatten, gegen Abtretung eines Mandats Wahlhülfe zu leisten, angenommen, so würde die Sozialdemokratie in beträchtlicher Stärke im Abgeordnetenhause vertreten sein. Daß die freisinnigen Parteien dieses Anerbieten rundweg ablehnten, obwohl ihnen bei Annahme desselben die Möglichkeit geboten war, die weiter rechts stehenden gegnerischen Parteien empfindlich zu schädigen, hat natürlich mit dem Wahlsystem nicht das mindeste zu tun, sondern war lediglich in der Natur der Sozialdemokratie als einer Klassenpartei begründet, welche die Erringung der absoluten Herrschaft der von ihr mißleiteten Massen über alle übrigen Teile der Bevölkerung sich zum Ziele gesetzt hat. Wäre ein solches Anerbieten, wie es die Sozialdemokratie den Freisinnigen beider Richtungen vor den Wahlen gemacht hat, von einer radikalen, aber auf dem Boden der jetzigen Staatsordnung stehenden Arbeiterpartei gemacht worden, so wäre an dessen Annahme nicht zu zweifeln gewesen und die Arbeiterschaft würde in dem preußischen Abgeordnetenhause eine starke direkte Vertretung ihrer Interessen erhalten haben. Nicht also das Dreiklassenwahlsystem, sondern allein der Umstand, daß die Arbeiterschaft, insbesondere die industrielle Arbeiterschaft, die Vertretung ihrer Interessen im Abgeordnetenhause lediglich durch die sozialdemokratische Bewegung zu erreichen suchte, ist die Ursache, daß diesen Bestrebungen der Erfolg versagt blieb. Wie in zahlreichen anderen Fällen hat also die Arbeiterschaft, indem sie der sozialdemokratischen Fahne folgte, nicht nur ihre Interessen nicht gefördert, sondern dieselben geradezu auf das empfindlichste geschädigt.

* **„Der Klassenkampf der Arbeit im Jahre 1903 und die Aufgabe der Gewerkschaften."** Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands einen interessanten Artikel, in dem u. a. auf die Aufgaben, welche die Gewerkschaften demnächst zu erfüllen haben, hingewiesen wird. Bekanntlich hat die genossenschaftliche Arbeiterbewegung, deren Mittelpunkt die Konsumvereine bilden, jahrelang nur recht langsame Fortschritte gemacht. Eine genossenschaftliche Gründung nach der andern verkrachte und oft genug mußten die sozialdemokratischen Führer einsehen, wie unendlich schwierig es ist, ein genossenschaftliches Unternehmen zu leiten. Oft genug brachen in diesen genossenschaftlichen Unternehmungen Streiks aus, bei denen die Arbeiter bittere Klagen über ihre Ausbeuter erhoben. In den letzten Jahren sind nun die sozialdemokratischen Konsumvereine bedeutend erstarkt und in zahlreichen Versammlungen haben die gewerkschaftlichen Führer betont, daß es dringend notwendig sei, das Konsumvereinswesen noch mehr auszubauen, da diese Wirtschaftsorganisationen die Gewerkschaftsorganisationen wesentlich unterstützen und bei großen Streiks eine scharfe Waffe bildeten, welche den Arbeitgebern peinlich fühlbar würde. Es ist nun bemerkenswert, daß das „Korrespondenzblatt" sich diese Gründe zu eigen macht und aus ihnen die wärmste Unterstützung der Konsumvereine durch die Gewerkschaften empfiehlt. Das Blatt schreibt: „Welche Aufgaben der neuen konsumgenossenschaftlichen Zentralisation harren, zeigt ein Blick auf die Entwickelung des englischen Genossenschaftswesens, das nahezu 40 000 Arbeiter im Jahre 1901 in der Eigenproduktion beschäftigte und für 203 Millionen Mark Waren selbst erzeugte. Es ist klar, daß an einer solchen Wirtschaftsorganisation auch die Gewerkschaftsbewegung einen starken Rückhalt gewinnen muß; das gewerkschaftliche Interesse gebietet daher, diese Organisationen zu fördern, was namentlich auch in größerem Maße durch die Zuführung von Kapitalien, die bisher fast ausnahmslos durch kapitalistische Banken die private Ausbeutung betrieben, geschehen kann." — Mit dem weiteren Ausbau des Konsumvereinswesens wird zweifellos die gewerkschaftliche Bewegung sehr erstarken, leider aber auch der kleine Handwerker- und Kaufmannsstand noch mehr gefährdet werden.

* **Die Kriminalität der Jugendlichen** zeigt trotz aller Mittel, die angewendet werden, um das heranwachsende Geschlecht vor den ersten Schritten auf der Verbrecherlaufbahn abzuhalten und damit dem Verbrechertume den Nachwuchs zu entziehen, keine durchgreifende Besserung; vielmehr ist die Zahl der unter 18 Jahre alten Personen, die jährlich in Deutschland wegen Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze verurteilt worden sind, in den letzten drei Jahren um 3500 gestiegen und ihr Anteil an der Gesamtzahl der Bestraften ist nicht gesunken. Es sind nach der amtlichen Statistik im Jahre 1902 wegen der genannten Verbrechen und Vergehen 50 966 Jugendliche unter 18 Jahren verurteilt worden gegen 49 528 im Jahre 1901, 48 029 im Jahre 1900, 47 470 im Jahre 1899, 47 075 im Jahre 1898, 45 251 im Jahre 1897 und 44 212 im Jahre 1896. In sechs Jahren hat also eine Zunahme der jugendlichen Verurteilten um 6754 oder 15,3 v. H. stattgefunden, während die Gesamtzahl der Verurteilten im gleichen Zeitraume nur um 12,3 v. H. gestiegen ist. Von 100 Verurteilten waren im Durchschnitte der Jahre 1891 bis 1895 10,40 jugendlich, im Durchschnitte der Jahre 1895 bis 1900 9,95, im Jahre 1901 9,96 und im Jahre 1902 ebenfalls 9,96. Das günstigste Jahr war 1896 mit 9,88, das ungünstigste 1902 mit 11,02 v. H. Jugendlichen. Der Anteil der Jugendlichen an der allgemeinen Kriminalität zeigt eine starke Abhängigkeit von der Zahl der Verbrechen und Vergehen gegen das Vermögen, an denen die Jugendlichen viel stärker beteiligt sind als an den übrigen Deliktsgruppen. Im Jahre 1902 waren unter den wegen Verbrechen und Vergehen gegen das Vermögen Verurteilten 18,0 v. H. Jugendliche, dagegen unter den wegen Verbrechen usw. gegen die Person Verurteilten nur 6,0 v. H. und unter den wegen Verbrechen usw. gegen Staat, Religion und öffentliche Ordnung Verurteilten nur 2,6 v. H. Sehr stark sind die Jugendlichen am Diebstahl beteiligt, am einfachen mit 22,6 und am schweren sogar mit 30,1 v. H. aller Verurteilten. Nicht weniger als 48,1 v. H. aller jugendlichen Verurteilten sind wegen Diebstahls verurteilt worden. Auch bei einigen Sittlichkeitsverbrechen (§§ 175, 176 Nr. 2 und 177 St.-G.-B.) beträgt der Anteil der Jugendlichen 20 bis 30 v. H. Bei der fahrlässigen Brandstiftung sind unter den Verurteilten 25,1, bei der vorsätzlichen sogar 42,1 v. H. Jugendliche. Wegen Totschlages sind im Jahre 1902 12, wegen Kindesmordes 14, wegen Mordes 18 Jugendliche verurteilt. Ueber die Zahl der Vorbestraften gibt die vorläufige amtliche Statistik nur bei einigen Delikten Zahlen. Unter den 34 536 wegen Diebstahls verurteilten Jugendlichen waren 952 wegen Diebstahls vorbestraft, darunter 23 nicht weniger als sechs- bis zehnmal.

* **Was hat die Amerikafahrt des Prinzen Heinrich gekostet?** Einen Anhalt zur Beantwortung dieser interessanten Frage bietet folgende New-Yorker Korrespondenz des „B. T.":

Aus dem jetzt dem Reichstage vorliegenden Rechenschaftsberichte über den Dispositionsfond des Reichskanzlers interessierte in den Vereinigten Staaten der Posten von 86,655 ℳ, den die bekannte Amerikareise des Prinzen Heinrich dem deutschen Reiche gekostet hat. Obgleich der königlichen Krankasse der gleiche Posten zur Last fiel, so gibt das doch nur einen Ausgabenetat von noch nicht 28 000 Dollars für eine verhältnismäßig große Reise eines kaiserlichen Prinzen mit großem Gefolge. Bisher sind noch keine Aufstellungen erfolgt, was dieser Besuch den Vereinigten Staaten gekostet hat, aber ganz gewiß ist diese Rechnung mit den Zehn-, ja Zwanzigfachen der fraglichen Summe noch nicht annähernd ausgeglichen! Fanden doch einzelne Feste statt, die jedes allein mehr verschlangen als 28 000 Dollars, gar nicht zu reden von dem luxuriösen Extrazuge, den die amerikanische Regierung stellte, um dem Prinzen während der ganzen Dauer seiner Anwesenheit (21. Februar bis 11. März) auf seinen Reisen bis tief in das Innere des Landes zu dienen. Uebrigens ließ sich der Prinz sofort nach seiner Ankunft von seinem Bankier noch die Kleinigkeit von 20 000 Dollars als „Taschengeld" auszahlen, und es scheint nicht, daß er viel davon noch mit nach Hause gebracht hat.

Das Reisen in Amerika ist eben selbst für sparsame Leute ein recht kostspieliges Vergnügen!

* **In das preußische Herrenhaus berufen** wurden: auf Präsentation des Brandenburger Domkapitels der Generalstabschef Generaloberst Graf v. Schlieffen, auf Präsentation des befestigten Grundbesitzes in Masuren der Rittergutsbesitzer Kullak, ferner als Vertreter Frankfurts a. O. Oberbürgermeister Richter.